

**Meinungen zu 30 Jahre  
Deutsche Einheit**

24 September 2020  
f20.0410/39332 Le

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH  
Büro Berlin  
Schreiberhauer Straße 30  
10317 Berlin  
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

## Vorbemerkung

Im Rahmen des diesjährigen 30. Jahrestags der deutschen Einheit hat die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur forsa Politik- und Sozialforschung GmbH beauftragt, eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage zu den Einstellungen der Bundesbürger zum Einheitsprozess und zur ehemaligen DDR durchzuführen.

Hierfür hat forsa vom 15. bis 22. September 2020 insgesamt 1.002 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte, Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland mithilfe computergestützter Telefoninterviews befragt.

Um insbesondere auch die Gruppe der 14- bis 21-Jährigen in der Auswertung berücksichtigen zu können, wurde die Stichprobe disproportional angelegt und der Anteil dieser Altersgruppe in der Stichprobe gegenüber ihrem eigentlichen Anteil in der Bevölkerung etwas erhöht und 105 14- bis 21-Jährige befragt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 14 Jahre in Deutschland übertragen werden.

## 1. Meinungen zum Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland

Seit der Wiedervereinigung sind jetzt fast 30 Jahre vergangen. Die Hälfte der Bundesbürger (47 %) ist nunmehr der Meinung, dass die Menschen in Ost- und Westdeutschland mittlerweile weitgehend zu einem Volk zusammengewachsen sind.

Etwas mehr Bürger (49 %) finden allerdings, dass immer noch das Trennende überwiegt.

Die Wahrnehmung unterscheidet sich hierbei stark zwischen Ost und West: Während unter den Westdeutschen eine knappe Mehrheit meint, dass die Deutschen in Ost und West mittlerweile weitgehend zu einem Volk zusammengewachsen seien, meint dies nur jeder vierte Bürger in Ostdeutschland.

Vergleichen mit den Befragungen der letzten 10 Jahre, hat sich am Meinungsbild zur „Deutschen Einheit“ insgesamt wenig geändert. Im Vergleich zu den Jahren vor 2010 allerdings hat sich der Anteil derer, die die Deutschen nunmehr als „ein Volk“ betrachten, zumindest im Westen des Landes deutlich erhöht.

▪ Meinungen zum Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland \*)

Die Menschen in Ost- und Westdeutschland sind mittlerweile weitgehend zu einem Volk zusammen gewachsen

		ja	nein, **)
		%	es überwiegt noch das Trennende %
2003	Oktober	31	67
2004	Oktober	21	77
2004	November	28	69
2007	Juli	35	60
2008	September	36	61
2010	September	48	47
2011	September	47	50
2017	September	50	46
2019	Oktober	51	45
2020	September	47	49
Ost	Nov. 2004	20	77
	Juli 2007	25	63
	Sep. 2008	23	72
	Sep. 2010	25	67
	Sep. 2011	33	67
	Sep. 2017	43	55
	Okt. 2019	31	66
	Sept. 2020	25	72
West	Nov. 2004	30	67
	Juli 2007	38	59
	Sep. 2008	39	58
	Sep. 2010	52	43
	Sep. 2011	49	47
	Sep. 2017	52	45
	Okt. 2019	55	42
	Sept. 2020	51	44

\*) 2017: Umfrage im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur; alle anderen Umfragen im Auftrag der Mediengruppe RTL für das RTL/ntv-Trendbarometer unter jeweils ca. 1.000 Befragten

\*\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Unterschiede zeigen sich zudem auch zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Während die jüngeren, 14- bis 21-jährigen Bundesbürger mehrheitlich der Meinung sind, dass die Menschen in Ost und West inzwischen zu einem Volk zusammengewachsen seien, meinen dies in allen anderen Altersgruppen weniger Befragte. Insbesondere von den über 60-Jährigen sehen dies nur 40 Prozent so.

▪ Meinungen zum Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland \*)

Die Menschen in Ost- und Westdeutschland sind mittlerweile weitgehend zu einem Volk zusammen gewachsen

	ja %	nein, <sup>**)</sup> es überwiegt noch das Trennende %
insgesamt	47	49
14- bis 21-Jährige	66	32
22- bis 29-Jährige	46	48
30- bis 44-Jährige	51	44
45- bis 59-Jährige	46	50
60 Jahre und älter	40	57
Anhänger der: CDU/CSU	56	42
SPD	48	49
Grünen	47	51
Linke	30	64
FDP	36	64
AfD	39	58

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

## 2. Beschäftigung mit der Zeit der DDR und der SED-Diktatur

Die große Mehrheit der Bundesbürger (83 %) hält es für wichtig bzw. sehr wichtig, dass man sich in Deutschland mit der Zeit der DDR und der SED-Diktatur beschäftigt, z. B. im Schulunterricht oder in der öffentlichen Diskussion. 16 Prozent halten dies für weniger wichtig oder unwichtig.

Dass eine Beschäftigung mit der Zeit der DDR und der SED-Diktatur wichtig oder sogar sehr wichtig sei, meinen insbesondere die jüngeren, unter 30 Jahre alten Befragten, also diejenigen, die diese Zeit nicht selbst erlebt haben, sondern höchstens aus Erzählungen oder Berichten kennen.

### ▪ Beschäftigung mit der Zeit der DDR und der SED-Diktatur

Dass man sich in Deutschland mit der Zeit der DDR und der SED-Diktatur beschäftigt, halten für

	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig *) bzw. unwichtig %
insgesamt	38	45	16
Ost	29	51	18
West	40	44	16
14- bis 21-Jährige	49	41	9
22- bis 29-Jährige	50	43	7
30- bis 44-Jährige	37	42	20
45- bis 59-Jährige	36	46	18
60 Jahre und älter	33	48	18
Anhänger der: CDU/CSU	35	42	24
SPD	39	47	14
Grünen	48	42	9
Linke	30	55	14
FDP	32	44	24
AfD	42	29	28

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

56 Prozent der Befragten stimmen der Aussage, die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur stärke die Demokratie in Deutschland, voll und ganz bzw. eher zu.

36 Prozent stimmen dem eher bzw. überhaupt nicht zu.

- Stärkt die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur die Demokratie in Deutschland?

Es stimmen der Aussage zu: „Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur stärkt die Demokratie in Deutschland“

	voll und ganz %	eher %	eher nicht %	überhaupt *) nicht %
insgesamt	23	33	24	12
Ost	15	30	30	16
West	25	34	24	12
14- bis 21-Jährige	15	45	21	8
22- bis 29-Jährige	23	40	30	2
30- bis 44-Jährige	26	34	23	8
45- bis 59-Jährige	27	33	21	16
60 Jahre und älter	22	26	28	16
Anhänger der: CDU/CSU	26	32	26	13
SPD	23	35	28	7
Grünen	33	40	13	10
Linke	20	37	24	17
FDP	14	26	47	7
AfD	26	26	19	26

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

### 3. Beschneidung der bürgerlichen Freiheitsrechte

Nur eine Minderheit der Befragten (18 %) meinen, derzeit würden in der Bundesrepublik die bürgerlichen Freiheitsrechte ähnlich beschnitten wie zuvor in der DDR. Die große Mehrheit (80 %) sieht dies nicht so.

Etwas häufiger als im Durchschnitt meinen lediglich die Befragten aus Ostdeutschland sowie die Anhänger der FDP und insbesondere der AfD, dass dies derzeit der Fall sei.

- Beschneidung der bürgerlichen Freiheitsrechte

Es sind der Meinung, dass derzeit in der Bundesrepublik die bürgerlichen Freiheitsrechte ähnlich beschnitten werden wie zuvor in der DDR

	ja %	nein, kann man so nicht sagen % *)
insgesamt	18	80
Ost	29	67
West	16	82
14- bis 21-Jährige	12	81
22- bis 29-Jährige	9	88
30- bis 44-Jährige	22	77
45- bis 59-Jährige	22	77
60 Jahre und älter	16	82
Anhänger der: CDU/CSU	7	92
SPD	11	86
Grünen	6	92
Linke	10	90
FDP	32	68
AfD	65	34

\*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“